



NIEDERSCHRIFT

11. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Dienstag, 13.09.2016

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

- I. **Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.05.2016 IX/473.1
hier: Änderung von § 24 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt
Korschenbroich
4. Neufassung der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich IX/528
5. Beitritt der Stadt zur "d-NRW AöR" IX/509
6. Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) IX/521
NRW
hier: Stellungnahme der Verwaltung zu den Empfehlungen im Prüfber-
richt
7. Organisationsuntersuchung zur Optimierung des Amtes für Gebäu- IX/230.2
demanagement, Umwelt und Wohnungswesen der Stadt Korschen-
broich; Bericht der Dr. Knirsch Consult GmbH
8. IT-Konzept der Stadt Korschenbroich 2015 IX/356.1
9. Zentralisierung der Verwaltung; IX/395.1
hier: Aktueller Sachstandsbericht

- | | | |
|-----|---|--------|
| 10. | Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.06.2016 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen | IX/514 |
| 11. | Mitteilungen | |
| 12. | Anfragen von Ausschussmitgliedern | |

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

11. Sitzung des Hauptausschusses **Dienstag, 13. September 2016, 18:00 Uhr**

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter
Brieske, Reinhard
Holzenleuchter, Peter
Kauerz, Wolfgang
Krappa, Gerd
Lieser, Wolfgang
Roden, Erwin
Siegers, Thomas

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef
Jahny, Paul
Richter, Albert
Wagemann, Frank

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar
Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen
Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

ab 19.07 Uhr/ während II/8.

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas
Beigeordneter Onkelbach, Georg
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika
Stadtverwaltungsrat Ganter-Bödecker, Uwe
Stadtamtsrat Gorzelanczyk, Patrick

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 11. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird der Stadtamtsrat Patrick Gorzelanczyk einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Wolfgang Houben einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.05.2016 hier: Änderung von § 24 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Korschenbroich

Bürgermeister Marc Venten geht auf den vorliegenden Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen ein. Dieser sei bereits im Rahmen der letzten Sitzung des Hauptausschusses beraten worden. Die Verwaltung habe kurz vor der Sitzung eine rechtliche Stellungnahme abgegeben, wonach eine allgemeine einzelfallunabhängige Beschlusskontrolle durch den Rat nicht festgelegt werden könne. Die Umsetzung der Beschlüsse falle in die alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters. An der seinerzeit geäußerten Haltung der Verwaltung habe sich nichts geändert. Unmittelbar nach der Sitzung habe auch der Städte- und Gemeindebund die Haltung der Stadt eindeutig bestätigt. Dies habe die Verwaltung den Fraktionen auch mitgeteilt. Die Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen habe in der Sitzung am 07.06.2016 um Vertagung gebeten, um den Antrag weitergehend zu begründen. Weitere begründende Unterlagen seien jedoch leider erst am Vorabend der Sitzung eingegangen was eine Überprüfung erheblich erschwere.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) führt aus, dass er sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt habe. Er könne die Haltung der Verwaltung nicht nachvollziehen. In einigen anderen Städten würde eine Beschlusskontrolle durchgeführt. Dies diene der umfassenden Information der Rats- und Ausschussmitglieder und versetze sie in die Lage ihre Arbeit besser zu machen. Er zitiert überdies Dr. Bernd Jürgen Schneider (Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund), der eine Beschlusskontrolle für eine geeignete Maßnahme halte. Seine Fraktion habe Beispiele aus anderen Städten

vorgelegt. Da dort eine Beschlusskontrolle eingeführt worden sei, könne dies aus seiner Sicht nicht rechtswidrig sein. Auch die Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen teile seine Ansicht und sei sogar bereit, dies rechtlich überprüfen zu lassen.

In der Folge geht Stadtamtsrat Patrick Gorzelanczyk auf die rechtliche Situation ein. Die Mitglieder des Rates und der Ausschüsse sowie die Fraktionen hätten umfangreiche Auskunftsrechte. Diese seien in der Gemeindeordnung abschließend benannt. Es sei jederzeit möglich, anlassbezogen Sachstände zu erfragen oder Akteneinsicht zu nehmen. Zudem könnten Anträge oder Beschlüsse den Zusatz enthalten, bis wann Beschlüsse umgesetzt werden sollen, oder bis wann ein Sachstandsbericht erfolgen solle. Dies sei in der Vergangenheit auch so gehandhabt worden. Der Vorschlag der Grünen habe jedoch eine allgemeine, einzelfallunabhängige Beschlusskontrolle als Ziel. Dies greife in den Bereich des Bürgermeisters ein, in dessen Hoheit die Umsetzung der Beschlüsse falle. Eine Festlegung durch den Rat, die in den klar festgelegten Bereich des Bürgermeisters falle, sei rechtswidrig. Nach Auffassung der Stadt und des Städte- und Gemeindebundes müsse der Bürgermeister einen solchen Beschluss umgehend beanstanden. Bezogen auf die von Herrn Houben übersandten Beispiele führt der Stadtamtsrat Patrick Gorzelanczyk weiter aus, dass er im Rahmen einer Arbeitskreissitzung für Vertreter des Ratsbüros die Thematik angesprochen habe. Keine der anwesenden kreisangehörigen Kommunen habe eine derartige Beschlusskontrolle durch Beschluss des Rates eingeführt. Die Stadt Düsseldorf, die als Referenz genannt sei, gebe Informationsvorlagen zu Anträgen von Ratsfraktionen heraus, sofern dies im Einzelfall gewünscht werde. Auch dort gebe es keine allumfassende einzelfallunabhängige Beschlusskontrolle.

Bürgermeister Marc Venten betont, dass es in der Stadt Korschenbroich ein funktionierendes System gebe. Er sehe in einer so starken Formalisierung keinen Vorteil. Man müsse damit rechnen, dass ein solches System zu Mehraufwand führe, sowohl im Bereich der Software als auch im Bereich des Personalaufwands. Er betont, dass die Fraktionen umfassend informiert würden. Zudem stehe es jeder Fraktion frei, Anträge oder Anfragen zu stellen, um über bestimmte Themen informiert zu werden. Er fragt das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen), ob es einen konkreten Anlass für den Antrag gebe.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) verneint dies. Er gehe davon aus, dass es verwaltungsintern ein System der Beschlusskontrolle gebe. Daher könne der Mehraufwand bei einer Information des Rates nicht groß sein. Er sieht in der systematischen Beschlusskontrolle einen deutlichen Mehrwert für alle Fraktionen. Die Verwaltung könne einen Vorschlag für ein System der Beschlusskontrolle erarbeiten und dies den Fraktionen vorstellen. Die vorgelegten Beispiele der anderen Städte zeigten, dass es unterschiedliche Systeme gebe.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) führt aus, dass sich seine Fraktion der rechtlichen Bewertung der Verwaltung anschließe. Demnach sei eine durch den Rat beschlossene allgemeine Beschlusskontrolle rechtswidrig. Seine Fraktion lehne den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen daher ab.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) äußert aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls rechtliche Bedenken. Auch seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) führt aus, dass auch die Stadt Kaarst eine Beschlusskontrolle habe. Wie seine Fraktion aufgezeigt habe, gebe es viele weitere Beispiele. Daher glaube er nicht daran, dass der Vorschlag seiner Fraktion rechtswidrig sei.

Bürgermeister Marc Venten betont, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bislang kein einziges Argument vorgebracht hätte, was der rechtlichen Bewertung der Stadt sowie des Städte- und Gemeindebundes entgegenstehe. Es würden nur einige Beispiele aufgezählt, bei denen über die Umsetzung von Beschlüssen berichtet werde.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (die Aktive) hält eine Beschlusskontrolle für wünschenswert. Er nehme den Hinweis mit, dass über Beschlüsse im Einzelfall ein Sachstandsbericht zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden könne.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) fragt nach, ob der Antrag der Grünen nur auf Anträge der Fraktionen bezogen sei oder alle gefassten Beschlüsse also auch Verwaltungsvorlagen gemeint seien.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt mit, dass sich der Antrag vor allem auf die Anträge der Fraktionen beziehe. Es sei jedoch sinnvoll, ein System auf weitere Beschlüsse auszuweiten.

Das Ausschussmitglied Peter Fels (SPD) betont die Bedeutung mündiger Ratsmitglieder, die selber Themen erarbeiten und ihre Kontrollaufgaben wahrnehmen. Zudem hebt er die besondere Stellung der Ausschussvorsitzenden hervor, die die Tagesordnung festlegen.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) betont, dass die Rats- und Ausschussmitglieder in Korschenbroich gut informiert würden. Der Kontakt und der Informationsfluss zwischen Politik und Verwaltung seien sehr gut. Die beantragte Beschlusskontrolle sei für Städte mit einem schlechten Informationsfluss eine Möglichkeit. Für Korschenbroich sehe er keine Notwendigkeit.

Beschluss-Nr. IX/473.1	Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Einführung einer Beschlusskontrolle mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Bürgermeister bei Ja-Stimmen von Die Aktive und Bündnis 90/ Die Grünen ab.	

4. Neufassung der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Thomas Siegers (CDU) teilt der Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen mit, dass höhere Wertgrenzen bei der Wahl der Vergabeart im Unterschwellenbereich möglich seien. Der verwaltungsinterne Vergabearbeitskreis halte die Wertgrenzen jedoch für sinnvoll, da Vorteile bei einer öffentlichen Ausschreibung gesehen werden.

Beschluss-Nr. IX/528	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich zu beschließen.	

5. Beitritt der Stadt zur "d-NRW AöR"

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt der Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen mit, dass es sich bei den genannten 1.000 € um eine einmalige Einlage handele. Dies sei auch in der Sitzungsvorlage beschrieben. Das Geld erhalte die Stadt wieder, sofern man aus „d-NRW AöR“ austrete. Daher bestehe kein finanzielles Risiko. Man sehe die Möglichkeit über eine Teilnahme Vorteile zu erzielen.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) geht Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen ausführlich auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) fragt nach, ob auch die ITK Mitglied bei d-NRW AöR sei.

Herr Drohen sagt zu, dies zu klären.

Beschluss-Nr. IX/509	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, den Beitritt der Stadt Korschenbroich zur „d-NRW AöR“ zu beschließen.	

6. Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW hier: Stellungnahme der Verwaltung zu den Empfehlungen im Prüfbericht

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung ein. Er schlägt vor, diese zunächst in den Fraktionen und anschließend in den Haushaltsberatungen zu beraten.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) dankt der Verwaltung für die ausführliche Stellungnahme. Er halte eine Beratung im Rahmen der Haushaltsberatungen ebenfalls für sinnvoll. Es werde deutlich, dass die Stadt ein Einnahmeproblem insbesondere im Bereich der Gewerbesteuererinnahmen habe. Bei den Ausgaben liege man unter dem von der GPA ermittelten Mittelwert.

Auch das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) dankt der Verwaltung für die Unterlagen und hält eine Beratung im Finanzausschuss für geboten. Er sehe aufgrund der vorgelegten Stellungnahmen durchaus Diskussionsbedarf.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Wolfgang Lieser (CDU) teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass bezogen auf den Bereich Grünflächen eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gebildet worden sei. Man habe zudem Berichte der benannten best practice Kommunen angefordert. Er gehe davon aus, dass die Thematik für eine der nächsten Sitzungen des Betriebsausschusses aufbereitet werden könne.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) spricht die auf Seite 72 der Unterlagen angeführten fehlenden Anforderungsprofile an und fragt nach dem Grund. Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers führt aus, dass dies aus Sicht der Verwaltung nicht zu erklären sei. Er verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Das Ausschussmitglied Peter Fels (SPD) bezieht sich auf die Ausführungen des Ausschussmitgliedes Thomas Siegers (CDU). Er könne sich inhaltlich bezogen auf die Ausgangssituation nicht anschließen. Es gebe erhebliche Risiken für den Haushalt. Dies sei auch bei den Beratungen im Rahmen der vergangenen Rechnungsprüfungsausschusssitzung Thema gewesen. Er betont, dass Einnahmeerhöhungen zu Lasten der Bürger gingen. Die GPA sieht er als Unterstützung der Kommunen um Potentiale aufzuzeigen. Diese müssten nun mit Verstand und Vernunft in den Haushaltsberatungen geprüft werden.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) kann die Kritik von Herrn Fels an seinen Ausführungen nicht nachvollziehen. Er habe sich explizit auf den Bericht der GPA bezogen, wonach die Ausgaben unter dem errechneten Mittelwert der GPA liegen. Es gehe nicht darum die Situation zu beschönigen, sondern klarzustellen, dass Korschebroich vor allem ein Einnahmeproblem im Bereich der Gewerbesteuer habe.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen mit, dass die Verwaltung auf Grundlage eines Verwaltungsvorstandsbeschlusses 6 Asyl-Unterkünfte mit freiem WLAN ausgestattet habe. Zudem wurden in den Verwaltungsgebäuden Sebastianusstr., Don-Bosco-Str. und Regentenstraße entsprechende Router installiert. Das Netz wird über den Verein Freifunk erzeugt und ist frei zugänglich. Es gebe Bestrebungen das Netz weiter auszubauen. Zudem würde geprüft, welche städt. Gebäude mit einem Glasfaseranschluss der Deutschen Glasfaser ausgestattet werden sollen. Hier werde ein entsprechendes zentrales Vertragsmanagement angestrebt.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) wünscht sich intensive Haushaltsberatungen, in denen die Anregungen der GPA offen diskutiert werden.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) begrüßt grundsätzlich eine Beratung im Rahmen der Haushaltsberatungen. Er bittet die Verwaltung jedoch hierfür die Themen Bürgerhäuser und Verwaltungsnebenstellen vorzubereiten. Auf Nachfrage von Herrn Endell teilen der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers und Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen mit, dass die Nebenstelle bei einer Besetzung von 0,75 Stellen geöffnet werden könnten. Es handele sich um derzeit unbesetzte Stellen, da 2 Mitarbeiterinnen im Mutterschutz seien. Mehrkosten entstünden somit nicht. Herr Drohen geht im Anschluss kurz auf den noch einzubringenden Stellenplan ein.

Beschluss-Nr. IX/521	
Der Hauptausschuss nimmt die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Empfehlungen der GPA NRW anlässlich der überörtlichen Prüfung 2015 zur Kenntnis.	

7. Organisationsuntersuchung zur Optimierung des Amtes für Gebäudemanagement, Umwelt und Wohnungswesen der Stadt Korschenbroich; Bericht der Dr. Knirsch Consult GmbH

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) bittet darum, dass die Verwaltung für die kommende Sitzung des Hauptausschusses einen Projektplan zur Umsetzung erarbeiten solle.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) hält einen solchen Projektplan ebenfalls für wichtig.

Bürgermeister Marc Venten lässt in der Folge über den Beschlussvorschlag nebst der Ergänzung um den Auftrag an die Verwaltung einen Projektplan zu erstellen, abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/230.2	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmhaltungen
Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur weiteren Vorgehensweise zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich darüber hinaus folgenden Beschluss zu fassen: Der Aufgabenbereich „Wohnungswesen“ wird mit Ausscheiden des Mitarbeiters und Vorliegen der räumlichen Voraussetzungen in eine andere Organisationseinheit (Bereich „50 Soziales“) verlagert. Eine entsprechende Änderung der Geschäftsverteilung wird zu gegebener Zeit empfohlen. Der Hauptausschuss beauftragt ferner die Verwaltung, für die kommende Sitzung des Hauptausschusses einen Projektplan für die weitere Umsetzung zu erstellen.	

8. IT-Konzept der Stadt Korschenbroich 2015

Bürgermeister Marc Venten geht auf das vorliegende IT-Konzept ein. Er übergibt in der Folge das Wort an den Stadtverwaltungsrat Uwe Ganter-Bödecker. Dieser stellt anhand der als Anlage 1 beigefügten Power-Point Präsentation ausführlich das IT-Konzept der Stadt vor.

Bürgermeister Marc Venten dankt Herrn Ganter-Bödecker für die ausführliche Präsentation.

Auch das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) dankt für den guten Überblick. Er stellt überdies die hervorragende Arbeit der IT-Abteilung heraus. Die Entwicklung bei der ITK müsse weiter verfolgt werden. Die geringen Gestaltungsmöglichkeiten für kleinere Kommunen seien bedauerlich. Das vorgestellte Konzept sei ihm grundsätzlich zu sehr rückwärtsgerichtet. Er wünsche sich für eine Konzeption einen klaren Blick in die Zukunft. Er regt an, das IT Konzept mit einer Laufzeit bis 2020 zu versehen und das Konzept dann fortzuschreiben. Die Bestrebungen der IT kostengünstig bleiben zu wollen und die im Einzelfall optimale Lösung zu finden, hält er für wichtig, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben.

Auch das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) dankt Herrn Gantner-Bödecker für den umfassenden Bericht. Eine kritische Überprüfung der Entwicklung der ITK sei gut. Er bestärkt die IT in ihrem Bestreben selbstständig zu bleiben und Lösungen selber umsetzen zu können. Nur so könne weiterhin die Möglichkeit bestehen, aus dem Zweckverband ITK auszutreten sollte die Entwicklung weiter nachteilig für die Stadt sein.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) dankt ebenfalls für die Präsentation und fragt nach den genauen Mehrheits- und Stimmverhältnissen in den einzelnen Gremien der ITK. Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen geht in der Folge hierauf ein.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter(CDU) äußert ebenfalls seinen Dank. Eine Zusammenarbeit mit der ITK sei gut, so lange dies wirtschaftlich sei. Man müsse den Markt beobachten und im Zweifel auch bei anderen Rechenzentren Leistungen einkaufen.

Beschluss-Nr. IX/356.1	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt das IT-Konzept der Stadt Korschenbroich 2015 in der vorgelegten Fassung.	

9. Zentralisierung der Verwaltung; **hier: Aktueller Sachstandsbericht**

Bürgermeister Marc Venten geht ausführlich auf den vorliegenden Sachstandsbericht ein.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Jutta Goebel (Die Aktive) teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass noch nicht ganz sicher sei, bis wann die Post das Gebäude Sebastianusstraße nutzen werde. Dies hänge davon ab, wann die Post in neue Räumlichkeiten umziehen könne. Sobald dies klar sei, werde das Gebäude vermarktet.

Das Ausschussmitglied Peter Fels (SPD) fragt nach der Höhe der Kostenschätzung und den Kosten für die Kostenschätzung.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach führt aus, dass sich die Kostenschätzung auf ca. 800.000 € belaufen habe. Es seien keine externen Kosten entstanden, da die Kostenschätzung im Hause erstellt worden sei.

Beschluss-Nr. IX/395.1	
-------------------------------	--

	Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bezüglich des aktuellen Sachstandes zur Thematik „Zentralisierung der Verwaltung“ zur Kenntnis.
--	--

10. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.06.2016 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers geht auf den vorliegenden Controlling-Bericht ein.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Frank Wagemann (SPD) geht der Beigeordnete Georg Onkelbach auf die auf Seite 122 der Sitzungsunterlagen aufgeführten zurückgestellten Maßnahmen im Einzelnen ein.

Beschluss-Nr. IX/514	
-----------------------------	--

	Der Hauptausschuss nimmt den Controlling-Bericht der Verwaltung zum 30.06.2016 zur Kenntnis.
--	--

11. Mitteilungen

- a) Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass sich die Stadt Korschenbroich an einer Studie zum Thema E-Mobilität beteilige. Diese wurde von RWE initiiert. Bestandteil der Studie sei eine Fuhrparkanalyse. Es werde die Wirtschaftlichkeit der Anschaffung von E-Autos geprüft für den städt. Fuhrpark. Sollte die Stadt kostenpflichtig ein solches Auto anschaffen, würde man kostenfrei eine entsprechende Ladesäule erhalten.

- b) Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen verteilt ein Muster für einen Spenden- und Sponsoringkatalog. Die Verwaltung rege an, einen solchen Katalog mit entsprechenden geeigneten Maßnahmen zu füllen und diesen auf der Internetseite zu publizieren. Zielsetzung sei es, so Projekte mit einem Mehrwert für die Stadt umzusetzen ohne Haushaltsmittel einzusetzen. Er geht in der Folge ausführlich auf die Thematik ein. Er betont, dass die Vorschriften für Sponsoring und Spenden eingehalten würden. Zudem würden die einzelnen Maßnahmen von den jeweiligen Fachämtern vorbereitet und im Verwaltungsvorstand abschließend beraten.

- c) Der Beigeordnete Georg Onkelbach bezieht sich auf einen Artikel in der Tageszeitung, nach dem die Baukosten für die Kita Josef-Thory-Str. sich auf 500.000 € belaufen. Er betont, dass diese Zahl falsch sei. Die Baukosten belaufen sich auf ca. 800.000 €.

- d) Bürgermeister Marc Venten informiert darüber, dass am 27.09.2016 eine Informationsveranstaltung zum Grundwassermanagement stattfindet. Der Erftverband stelle an diesem Abend in zwei Vorträgen Informationen zum Kappungsmodell und dessen Betrieb sowie Informationen zu den neuen Grundwassergleichen vor. Die Veranstaltung beginne um 19.00 Uhr in der Aula des Gymnasiums.
Er bittet die Fraktionen wie bei anderen Informationsveranstaltungen auch, jeweils einen Vertreter zu benennen, der dann an der Seite der Verwaltung die Veranstaltung begleitet und für Fragen zur Verfügung steht.

12. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es liegen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.